

Angebote für Heranwachsende als wichtiges Feld der Sozialpolitik

„Jugendarbeit unverzichtbar“

03.05.17 03:00



+

Nur noch versteckt erinnert das Logo an einstige Jugendzentrums-Zeiten in Münster. Jetzt wird wieder mal viel geredet und geschrieben über die schon so lange nicht mehr vorhandene Jugendarbeit. Lippenbekenntnisse: Die Politiker sollten sich an ihren Worten messen lassen.

© Th. Meier

Münster - Nach der Kritik an der Jugendarbeit in Münster meldet sich jetzt ALMA zu Wort. Sie sieht die kommunalen Angebote der Jugendarbeit als unverzichtbar an.

„In der vergangenen Woche durften wir erleben, wie sich der örtliche CDU-Fraktionschef zum Anwalt der Jugendarbeit aufzuschwingen versuchte,“ erklärt der Fraktionsvorsitzende der Alternativen Liste Münster und Altheim, Gerhard Bonifer-Dörr. Indem die Notwendigkeit einer übergangsweisen weiteren Nutzung des Jugendzentrums an der Gersprenz als Kindertagesstätte abgelehnt werde, beklage die CDU, die jahrzehnte die politische Verantwortung auch für die

Versäumnisse der kommunalen Jugendarbeit getragen habe, dass es aktuell keine Angebote für Jugendliche in Münster und den Ortsteilen gäbe.

„Nur dumm,“ sagt Jan Stemme, für die ALMA Erster Beigeordneter im Gemeindevorstand, „dass das JUZ bis auf einige Probezeiten für lokale Bands bis zur Übernahme durch die Rüssel-Kinder jahrelang leer stand.“ Die Jugendarbeit habe dort tatsächlich brach gelegen und es habe weder ein Konzept noch irgendwelche anderen Ansätze gegeben, ein Programm zu erarbeiten, was auch nur ansatzweise modernen Anforderungen an eine erfolgreiche Jugendarbeit entsprochen hätte. Lediglich in Althem seien Gruppenangebote gemacht worden.

Bonifer-Dörr und Stemme weisen darauf hin, dass die CDU in ihrem Wahlaufufruf zur Kommunalwahl ihre wichtigsten Punkte vorstellte, die aus ihrer Sicht für die Zeit nach der Kommunalwahl im Vordergrund stehen sollten. Wer dort nach dem Thema Jugendarbeit oder Jugendzentrum suche, finde nichts. Auch eine Suche auf der Homepage des CDU-Gemeindeverbandes bleibe erfolglos. Bei ALMA sei im Wahlprogramm 2016 bis 2021 indes zu lesen: „Eine Bestandsaufnahme der Jugendbetreuung und die Überprüfung und Neukonzeptionierung der kommunalen Jugendarbeit und der JUZ-Aktivitäten ist notwendig, damit die kommunalen Angebote auf die Bedürfnisse der Jugendlichen passen. Kommunale Jugendarbeit und Schule müssen ihre Angebote abstimmen und zusammenführen.“

Dass es der Koalitionspartner SPD genauso sehe, werde laut Alternativen aus einer gemeinsamen Erklärung vom April 2016 deutlich. Dort heiße es: „Münster braucht eine Gesamtkonzeption der Kinder- und Jugendförderung, beispielsweise offene Jugendarbeit, Räume für Jugendliche, Freizeit- und Ferienangebote, Ortsjugendring, Jugendbeirat und einiges mehr. Dazu werden wir aktiv unseren Beitrag leisten und die Jugendlichen mehr als bisher beteiligen.“

Bonifer-Dörr: „Wir werden Wort halten. Schon bei der ersten Vorstellung der mehrjährigen Planungen im Kita-Bereich haben wir darauf hingewiesen, dass neben einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung auch die Jugendarbeit einen Neustart braucht.“ Weit über ein Jahr hätten Menschen im Mittelpunkt gestanden, die all ihr Hab und Gut hinter sich gelassen hatten, um weit ab ihrer Heimat endlich Frieden zu finden: „Unter ihnen viele Kinder und Jugendliche, denen schnell geholfen werden musste. Diese Hilfe für die in Münster angekommenen Flüchtlinge bestimmte über viele Monate die Arbeit des Sozialbereiches der Gemeinde. Auch das ist Teil der kommunalen Jugendarbeit. Einige ursprünglich geplante Aktivitäten mussten deshalb leider zeitweise in den Hintergrund treten.“

Aber der Fachabteilung im Rathaus sei die Jugendarbeit ein ernstes Anliegen. In einem ersten Konzept wurde betont, dass zeitgemäße Jugendarbeit mehr ist, als einen Raum wie das ehemalige Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen. Jugendliche müssen dort abgeholt werden, wo sie sich schwerpunktmäßig aufhalten. Dies sei derzeit vor allem der Abtenauer Platz mit seiner Skate-Bahn. Sowie es die personellen Kapazitäten ermöglichen, solle dort ein Beratungs- und Betreuungsangebot installiert werden, das sich an der Arbeit so genannter Streetworker orientiere. Was die Gemeinde brauche, sei mehr Zusammenarbeit über die Grenzen der Parteien hinweg, erklärt Bonifer-Dörr an die CDU-Kritiker gewandt. Dazu gehöre es, Vorschläge zu machen, Konzepte vorzulegen und über die Parteigrenzen hinweg miteinander umzugehen. Platte Vorwürfe, Falschmeldungen und Verdrehungen seien wenig hilfreich, heißt es von der ALMA abschließend.
(tm)